

Solidarität



Bildung: Sozialpartner präsentieren neue Vorschläge für ein gerechtes Bildungssystem. **Seite 2**



Freie JournalistInnen: Trotz Vollzeitjobs niedrige Löhne. GPA-djp fordert Verbesserungen. **Seite 7**

Manifest: Krise setzt Beschäftigte unter Druck. Soziale Grundrechte müssen respektiert werden. **Seite 12**



Lehre: Weil ich ein Mädchen bin

Seite 4

© Bildagentur Wolkehaus/Kunst-Theo

www.oegb.at

OGB
www.oegb.at

UNSERE MISSION:
**INFO &
SERVICE**

www.bundeskongress.at

INFO- UND SERVICEMESSE

Beim ÖGB-Bundeskongress präsentieren ÖGB, Gewerkschaften, Vereine und Institutionen ihre Informationen, Serviceleistungen und Angebote. Alles rund um die Arbeit von BetriebsrätInnen, PersonalvertreterInnen und JugendvertrauensrätInnen!

EINTRITT FREI!

18. BIS 20. JUNI 2013

18. und 19. Juni jeweils von 9.00 bis 18.00 Uhr

20. Juni von 9.00 bis 15.00 Uhr

Austria Center Vienna

Ebene 02, Foyer A, B und C

(U1 Kaisermühlen VIC)

editorial



NANI KAUER

Gut, dabei zu sein

Im Juni findet in Wien der 18. ÖGB-Bundeskongress statt. Das ist nicht nur eine Versammlung vieler GewerkschafterInnen – dort werden die Weichen für die Arbeit des ÖGB in den kommenden Jahren gestellt. Konkret heißt das: Welche Probleme wird der ÖGB angehen, welche Forderungen stellen, welche Änderungen, Verbesserungen wollen wir für die arbeitenden Menschen im Land erreichen (Seite 3)? Der Kongress ist auch eine Gelegenheit, um zurückzublicken: Im Zeitraffer betrachtet haben der ÖGB und seine Gewerkschaften seit dem Kongress im Jahr 2009 viel erreicht. Im Alltag geht das oft unter, und man ärgert sich über Dinge, die nicht so schnell gehen. Die Liste der Erfolge ist allerdings lang und beeindruckend (Seite 3). Selbst in Krisenzeiten, wenn es vor allem darum geht, Verschlechterungen zu verhindern, hat der ÖGB Dinge geschafft, von denen Gewerkschaften in anderen Ländern nur träumen können. Das gelingt uns nur, weil viele Mitglieder uns den Rücken stärken – und das wissen auch die Verhandlungsgegenüber, sei es in der Sozialpartnerschaft, in den Firmen oder in der Regierung. Für Mitglieder heißt das: Gut, beim ÖGB dabei zu sein. Weitersagen: www.oegb.at/anmelden

Impressum:

Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1. **Medieninhaber:** Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/662 32 96, Fax: 01/662 32 96-39793, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, Web: www.oegbverlag.at. UID: ATU 55591005, FN 226769
Hersteller: Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Bickfordstr. 21. **Verlagsort:** 1020 Wien. **Herstellungsort:** 7201 Neudorf. **Chefredaktion:** Nani Kauer. **Kaufmännische Leitung:** Christoph Höllriegel. **AutorInnen:** Amela Muratović, Florian Kräftner, Franz Fischl, Heike Hausensteiner, Christian Resei, Michaela Hubwagner. **Bildredaktion/Layout/Grafik:** Walter Schauer. **Anzeigen:** Thomas Aicheleburg-Rumerskirch, www.brandcom.at, sollie@brandcom.at. **Sekretariat:** Sonja Adler, Johanna Kastner. **Lektorat:** Marga Achberger. **Redaktionsadresse:** 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/534 44-32963, Fax: 01/534 44-39916, E-Mail: sollie@oegb.at, Internet: www.oegb.at/soli, **Offenlegung** gemäß Mediengesetz, 525: www.soli.at/offenlegung

Für unverlangt eingesendete Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

ZVR-Nr.: 576439352
DVR-Nr.: 0046655

Dieses Produkt wurde mit ADOBE InDesign CS erstellt.

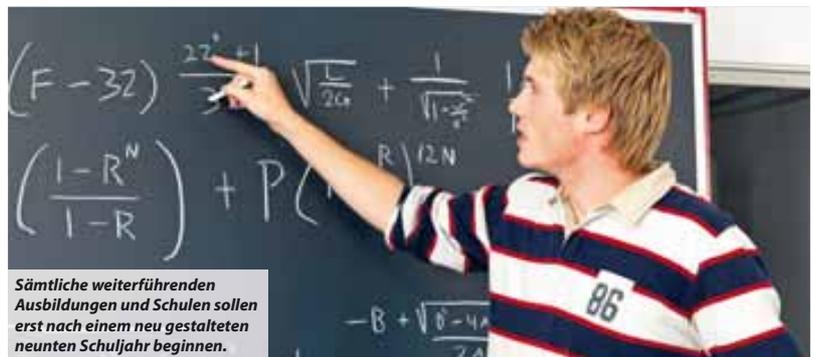
Mit Bildung zum Erfolg

Das Schulsystem auf neue Beine stellen: Pflichtschulabschluss für alle und Berufsorientierung.

Neue Vorschläge. „Im Großen und Ganzen haben wir ein gutes Schulsystem, aber wir müssen morgen besser sein“, fordert ÖGB-Präsident Erich Foglar. Bildung ist abhängig, allerdings nicht von der Begabung, sondern vom Geld der Familie und von der Bildung der Eltern. Die Sozialpartner wollen eingreifen: Unter dem Motto „Bildungsfundamente“ haben sie eine Reform des gesamten Bildungssystems entworfen. Das Ziel: gleiche Bildungschancen für alle, optimale Förderung und Unterstützung bei der Bildungs- und Berufswahl. Allgemeinbildung und Berufsausbildung müssen gleichgestellt werden, ebenso wie die Schulbildung mit der dualen Berufsausbildung. Bei letzterer gilt es, die Qualität zu erhöhen und zu kontrollieren. „Wir haben mit unserem Reformvorschlag einen Meilenstein für ein ganzheitliches neues Bildungskonzept erarbeitet“, findet Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl.

Entscheidung erst mit 15

Die Sozialpartner sehen vor, dass die Entscheidung über den weiteren Bildungsweg, also die Wahl zwischen Lehre, berufsbildender Schule und AHS, erst mit 15 Jahren getroffen werden muss. „Sämtliche weiterführenden Ausbildungen und Schulen sollen erst nach einem neu gestalteten neunten Schuljahr beginnen“, sagte AK-Präsident Herbert Tumpel.



Sämtliche weiterführenden Ausbildungen und Schulen sollen erst nach einem neu gestalteten neunten Schuljahr beginnen.

Schwerpunkt im neunten Schuljahr soll intensive Berufsorientierung und -beratung sein. Ziel der neun gemeinsamen Schuljahre sei es, dass alle Kinder einheitliche, gemeinsame Bildungsziele erreichen. Die Schulpflicht endet aber nicht, wenn die SchülerInnen einfach ihre neun Jahre abgesehen haben, sondern erst, wenn sie bestimmte Bildungsziele erreicht haben. Dafür sollen sie bis zu elf Jahre Zeit haben. Foglar: „Wesentlich ist der Pflichtschulabschluss und nicht, ob man neun Pflichtschuljahre absolviert.“ Ein weiterer Kernpunkt: „Möglichst früh ansetzen – mit einem zweiten verpflichtenden Kindergartenjahr, weil das eines der wichtigsten Fundamente für die Kinder und Jugendlichen ist.“ Auch die Lehre mit Matura müsse weiterentwickelt werden, das erhöhe die Chancen der Jugendlichen. Das kos-

tenlose Nachholen von Pflichtschulabschlüssen sei wichtig, um lebenslanges Lernen zu ermöglichen, denn das würde ebenso die Möglichkeiten am Arbeitsmarkt und die Chancen im Leben verbessern.

Rasch handeln

Und zur Lehrlingsausbildung meint Foglar: „Wir sind sehr gut, haben hervorragende Facharbeiter, es gilt aber auch hier: Wir können besser sein.“

In manchen Branchen sei die Durchfallquote zu hoch oder zu wenige Lehrlinge würden zur Abschlussprüfung antreten. „Hier muss man schon vorher eingreifen und die Betriebe und Lehrlinge unterstützen und beraten.“

Mit der Bildungsreform muss rasch begonnen werden. Der erste erfasste Jahrgang könnte bereits im Schuljahr 2014/15 in die Volksschulen starten. Die Eckpunkte: tinyurl.com/bqucn6

AB JULI: BILDUNGSTEILZEIT

Neues auch bei der Weiterbildung: Ab Juli gibt es neben der Bildungskarenz die Bildungsteilzeit. Wer für bestimmte Ausbildungen seine Arbeitszeit zum Beispiel um 20 Wochenstunden reduziert, bekommt 456 Euro pro Monat Weiterbildungsgeld vom AMS. ÖGB-Präsident Erich Foglar: „Das kann dazu beitragen, dass sich mehr ArbeitnehmerInnen weiterbilden – und zwar die, die es sich bisher nicht leisten konnten, in Bildungskarenz zu gehen.“ Außerdem neu ab Juli: Fachkräftestipendien.

Die Details lesen Sie unter tinyurl.com/cdjap8w

Mehr Durchblick

Mit dem Pensionskonto hat man ab 2014 einen Überblick über die zu erwartende Pensionshöhe.

Am 1. Jänner 2014 wird das neue Pensionskonto eingeführt. Dann werden die Pensionen für alle ab 1. Jänner 1955 geborenen Menschen ausschließlich auf Basis eines einzigen Pensionskontosystems berechnet. Die künftige Pensionshöhe wird dadurch verständlicher, transparenter und nachvollziehbarer.

Bitte kontrollieren

2,4 Mio. Menschen in Österreich bekommen im kommenden Halbjahr Post von der Pensionsversicherung. „Bei vielen fehlen in den Aufzeichnungen der Pensionsversicherung Versicherungszeiten“, erklärt ÖGB-Expertin Dinah Djalinos, warum die PV diese Briefe ausschickt. „Damit die künftige Pension nicht zu niedrig ausfällt, sollte man daher genau nachschauen, ob die gespeicher-



© ÖGB/Walter Schauer

ten Versicherungszeiten komplett sind. Wenn zum Beispiel Kindererziehungszeiten, Ausbildungsjahre oder Zivill- und Präsenzdienst fehlen, muss man Ergänzungen beantragen.“

Transparenz

Das Pensionskonto ist eine transparente Darstellung aller bisher erworbenen Pensionsansprüche, die übersichtlich und

jederzeit einsehbar sind. Bis Jänner 2014 bekommen alle ab 1955 Geborenen den erwähnten Brief von der Pensionsversicherung. Wenn dieser ergänzt und zurückgeschickt wurde, kann die künftige Pension in der richtigen Höhe berechnet werden. Hat die PV den gesamten Versicherungsverlauf festgestellt, wird das Pensionskonto erstellt. 2014 teilt die PV

dann die Höhe der Kontogutschrift automatisch mit. Das Pensionskonto ist keine neue Pensionsreform. Trotzdem wird die Umstellung genutzt, um wieder einmal für Verunsicherung zu sorgen. Sogenannte Pensionsexperten kommen mit Kritik an diesem Konto zu billigen Schlagzeilen. Sie behaupten, mit der Einführung des Kontos käme es zu Verlusten und Einschnitten. Das sind im Übrigen die gleichen Experten, die seit Jahren behaupten, das Pensionssystem wäre auf Dauer nicht finanzierbar und müsste zurechtgestutzt werden. In der kommenden Ausgabe: Häufig gestellte Fragen zum Pensionskonto.

Servicehotline

Pensionsversicherung:
05 03 03/87000

UNSERE MISSION: GERECHTIGKEIT.

ÖGB

Starker Partner

ÖGB hat in den vergangenen Jahren viel erreicht.

Soziale Sicherheit

Mitbestimmung

Verteilungsgerechtigkeit

Chancengleichheit

18. Bundeskongress. Unter dem Motto „Unsere Mission: Gerechtigkeit.“ versammelten sich rund 500 Delegierte aus ganz Österreich zum Bundeskongress des ÖGB. Dort gibt es Berichte über die Arbeit der vergangenen Jahre, und die Schwerpunkte für die kommenden Jahre werden beschlossen.

Jede Menge geschafft

In den vergangenen vier Jahren seit dem vorigen Bundeskongress hat der ÖGB vieles geschafft: in der Arbeitsmarktpolitik, bei der Gesundheit, den Pensionen, in der Lehrlingsausbildung und zahlreichen anderen Bereichen. Beim ÖGB-Bundeskongress wird darüber ein Bericht vorgelegt, der ab Juni auch auf www.bundeskongress.at online sein wird. Hier einige Highlights.

Wichtige Schritte sind dem ÖGB in Richtung mehr Verteilungsgerechtigkeit gelungen. Gerade in der Krise darf die Kaufkraft der Menschen nicht geschwächt werden, war das Credo des ÖGB, der sich daher massiv für Steuersenkungen eingesetzt hat.

Mehr Steuergerechtigkeit

Mit Jänner 2009 traten Steuersenkungen in Kraft. Auch im Vorfeld der Erstellung des Budgets für 2011 hat der ÖGB massiv eingemahnt, dass nicht nur bei den Ausgaben gespart werden kann, sondern dass es auch neue Einnahmen geben muss – von Gruppen, die bisher viel zu wenig beitragen. Das ist gelungen, Bankenabgabe, Änderungen bei der Stiftungsbesteuerung, Vermögenszuwachssteuer sind unter anderem enthal-

ten. Auch auf europäischer Ebene hat der Druck des ÖGB gewirkt, gemeinsam mit jenem der AK und vieler anderer: Vor erst kommt die Finanztransaktionssteuer in elf EU-Staaten.

Gegen Lohn- und Sozialdumping

Ein ganz großer Schritt gegen Lohn- und Sozialdumping ist dem ÖGB im Vorfeld der Öffnung des heimischen Arbeitsmarktes für Menschen aus acht EU-Staaten im Mai 2011 gelungen: Um diese KollegInnen vor Ausbeutung und die in Österreich bereits Beschäftigten vor Lohndumping zu schützen, hat der ÖGB ein Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping verlangt – und es wurde Wirklichkeit. Damit ist die Bezahlung unter den kollektivvertraglichen Mindestlöhnen erstmals eine Straftat –

egal, wer zu niedrig bezahlt wird. Einiges kann nun noch verbessert werden, dennoch gilt dieses Gesetz europaweit als sozialpolitischer Meilenstein.

Pensionen

Gemeinsam mit den anderen Sozialpartnern hat der ÖGB umfassende Vorschläge für das Pensionssystem gemacht. Ziel war es, den ArbeitnehmerInnen ein längeres Arbeitsleben in Gesundheit zu ermöglichen, denn damit steigen auch ihre Pensionen. Das Paket beinhaltet viele Punkte, u. a. berufliche Rehabilitation vor Pension, altersgerechte Arbeitsplätze und vieles mehr. Offen ist noch das Bonus-Malus-System, das im Paket ebenfalls vereinbart wurde. Unternehmen, die zu wenig ältere ArbeitnehmerInnen beschäftigen, sollen zahlen.

AK-Wahl:

Übergabe

Mitte März gab es einen Wechsel an der Spitze der Arbeiterkammer: Herbert Tumpel verabschiedete sich in die Pension, ihm folgt der bisherige Vorsitzende der Gewerkschaft *vida* an der Spitze der Arbeiterkammer. „Mit Herbert Tumpel hatten die ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmer in Österreich einen verlässlichen Partner bei der Wahrung und Durchsetzung ihrer Interessen“, sagte ÖGB-Präsident Erich Foglar zu Tumpels Abschied aus der AK. „Für den ÖGB war er ein wichtiger Partner. Gerade in den vergangenen, von der Krise bestimmten Jahren hat sich die gemeinsame, konsequente Vertretung der ArbeitnehmerInnen-Interessen besonders bewährt.“ 16 Jahre lang stand Herbert Tumpel an der Spitze der Bundesarbeitskammer, das waren 16 Jahre konsequenter Politik für die arbeitenden Menschen, für die Lehrlinge, PensionistInnen, die KonsumentInnen und PendlerInnen und viele mehr im Land.

Mitgliederzahlen:

Stabil

Ende März präsentierte der ÖGB die Mitgliederstatistik für das Jahr 2012. Mit Dezember 2012 hatte der ÖGB 1.203.441 Mitglieder (2011: 1.205.878). Nach den für ÖGB und Gewerkschaften krisenhaften Jahren ist die Zahl der Mitglieder weiterhin im Wesentlichen stabil. Auch die durch die Wirtschaftskrise bedingten Rückgänge sind weitgehend gestoppt. In einigen Branchen gab es aufgrund von Arbeitsplatzabbau oder Ausgliederungen leichte Rückgänge. Auffällig ist, dass in immer mehr Branchen die Fluktuation steigt, auch das hatte einige Rückgänge zur Folge. „Es ist allen Gewerkschaften gelungen, tausende Mitglieder neu zu werben. Das ist der Beweis dafür, dass es gelingt, Menschen von der Notwendigkeit starker Gewerkschaften zu überzeugen“, sagte ÖGB-Präsident Erich Foglar. Mitglied zu werden ist ganz einfach: www.oegb.at/anmelden

DER ÖGB-BUNDESKONGRESS ...

- ... ist das höchste Gremium des ÖGB. Hier wird der Vorstand gewählt und das Programm für die kommenden Jahre beschlossen.
- ... wird rund 500 Delegierte versammeln, die über Vorstand und Programm abstimmen.
- ... hat sein Motto in einem Wettbewerb unter den Beschäftigten des ÖGB und der Gewerkschaften bekommen.
- ... tagt von 18. bis 20. Juni im Austria Center in Wien.

Mission: Gerechtigkeit

Der ÖGB-Bundeskongress legt die politischen Forderungen für die kommenden Jahre fest.

Schwerpunkt. Der ÖGB-Bundenvorstand hat in seiner Sitzung Ende März wichtige Weichen für den ÖGB-Bundeskongress im Juni 2013 gestellt. Mit dem Beschluss des Leittrags, der dem Kongress zur Abstimmung vorgelegt wird, werden die Schwerpunkte für die Arbeit der kommenden Jahre festgelegt.

Für die Menschen

„Unsere Themen und Forderungen sind auch weiterhin in einem wirtschaftlich schwierigen Umfeld zu sehen. In Österreich und Europa gibt es eine Verteilungsgerechtigkeitskrise“, sagte ÖGB-Präsident Erich Foglar. Deshalb stehe der Bundeskongress unter dem Motto Gerechtigkeit: „Verteilungsgerechtigkeit, soziale Sicherheit, Chancengleichheit und Mitbestimmung sind für uns wesentliche Säulen von Gerechtigkeit,

das zieht sich durch alle Kapitel im Antrag.“ Für mehr Bildungsgerechtigkeit fordert der ÖGB, dass jeder junge Mensch zumindest einen Pflichtschulabschluss haben muss. Zur Verbesserung der Lehrausbildung verlangt der ÖGB die Umsetzung des ÖGJ-Konzepts für eine Fachkräftemilliarde. Im Bereich der höheren Bildung geht es vor allem um eine Abschaffung der Studiengebühren an den Fachhochschulen, denn dort ist der Anteil

der Studierenden ohne klassische Reifeprüfung doppelt so hoch wie an den Universitäten. Ein weiterer Aspekt der Gerechtigkeit, wie sie der Leittrag fordert, ist Einkommensgerechtigkeit: „Höhere Löhne durch gerechtere Steuern“, so Foglar. Der Hintergrund: Die Gewerkschaften erreichen sehr gute Lohnabschlüsse, aber den ArbeitnehmerInnen bleibt wegen des Steuersystems, der Tarifstufen und der kalten Pro-

gression zu wenig davon übrig. „Deshalb ist eine Steuerstrukturreform überfällig, denn die Menschen brauchen mehr Netto vom Brutto.“

Soziale Sicherheit

Foglar definiert auch Schritte für mehr Gerechtigkeit in Europa: „Wir brauchen eine europäische Steuerpolitik mit einheitlichen Mindeststeuersätzen auf Unternehmenssteuern, weil sonst die ArbeitnehmerInnen mit ihren Lohn- und Umsatzsteuern die ganze Rechnung bezahlen müssen“, so Foglar. Bei weiteren Aspekten der Gerechtigkeit müsse man ebenso in Europa ansetzen, nämlich bei der sozialen Sicherheit und der Mitbestimmung: „Soziale Grundrechte müssen wieder wichtiger werden als Finanzmärkte, und die Sozialpartner müssen auf allen Ebenen besser eingebunden werden.“



ÖGB-Präsident Erich Foglar im Gespräch mit einem Lehrling der Lehrwerkstätte Krumpendorf.

Adressänderungen:

Tel. 01/534 44-39100

Montag–Donnerstag 8–16.30 Uhr,
Freitag 8–13 Uhr.

Oder unter: servicecenter@oegb.at

I-MOVE.at

Pflegefreistellung:

Klarstellung

Grundsätzlich sind zwei Gruppen zu unterscheiden: Jene Gruppe, bei der die Voraussetzung für eine Pflegefreistellung der gemeinsame Haushalt ist. Dazu gehören: EhegattInnen, eingetragene PartnerInnen, LebensgefährteInnen, Eltern, Großeltern, Urgroßeltern, leibliche Kinder von EhegattInnen, eingetragenen PartnerInnen oder LebensgefährteInnen, Enkel, Urenkel. Zur zweiten Gruppe, wo kein gemeinsamer Haushalt notwendig ist, gehören: Kinder, Adoptivkinder, Pflegekinder.

Anton Mascha:

Trauer

Im März 2013 verstarb Anton Mascha, der dazu beigetragen hat, dass viele Gewerkschaftsmitglieder sich trotz schmaler Geldbörsen Urlaub leisten konnten. Mascha kam aus der Textil-, Bekleidungs- und Ledergewerkschaft, anfangs war er Jugendvertrauensrat und später Obmann der Österreichischen Gewerkschaftsjugend. Als Direktor des Österreichischen Verbandes für Sozialtouristik hat er unter anderem die Feriendörfer am Hafnersee und am Maltshachersee errichtet. Anton Mascha war außerdem international aktiv, er engagierte sich im Internationalen Büro für Sozialtouristik, dessen Präsident er dann auch wurde.

Johann Schmölz:

Trauer

Im Februar 2013 verstarb Johann Schmölz, bis 2004 Vorsitzender der ÖGB-PensionistInnen. „Er war vom Lehrling bis zum Pensionisten immer aktiv für die Gewerkschaftsbewegung“, erklärten ÖGB-Präsident Erich Foglar und der Vorsitzende der ÖGB-PensionistInnen Werner Thum. Schmölz begann im Jahre 1946 eine Lehre als Maschinenschlosser und engagierte sich bereits damals als Jugendvertrauensperson. 1975 wurde er Zentralsekretär der damaligen Gewerkschaft der Eisenbahner, 1987 deren Vorsitzender. Von Dezember 1996 bis Oktober 2004 war er Vorsitzender des ÖGB-PensionistInnen-Ausschusses.



© Bildagentur Waldhaus/Kurt Theo

„Die besseren Männer“

„Karriere mit Lehre! Auch für Mädchen?": Vieles hat sich getan, aber der Masterplan fehlt noch immer.

Schwierigkeiten. „In der Firma war es voll in Ordnung, aber in der Berufsschule war es die Hölle. In den Raucherhof ging ich nur sehr ungern“, erzählte Karina Anders, Facharbeiterin bei Siemens, aus ihrer Mechatronik-Lehre. Dabei sollten sich die jungen Arbeitskollegen nicht als Machos aufspielen, sondern von den Kolleginnen was lernen, meint Helmut Schroll, Ausbildungschef bei Siemens Österreich. „Die Frau-

en sind die besseren Männer“, so seine Erfahrung. Anders gehört zu den wenigen jungen Frauen, die es geschafft haben, sich in einer klassischen Männerwelt durchzusetzen, und Schroll zu jenen Ausbildungschefs, die ganz bewusst junge Frauen in Männerberufe holen.

Masterplan fehlt

Die erste Veranstaltung des Gipfels der SozialpartnerInnen fand unter dem Motto „Karriere mit Lehre! Auch für Mädchen“ in Wien statt. Damit wie „Wir leben im Gemeindebau“ oder „Saturday Night Fever“ seien jedenfalls nicht dazu angetan, das Rollenbild aufzubrechen. Und manchmal sei scheinbar Nebensächliches durchaus wirksam, ist auch Wieser überzeugt. So führe das schlechte Umbenennen von Berufsbezeichnungen oft gleich dazu, dass sich viel mehr Mäd-

chen für diesen Beruf interessieren. Das ließe sich auch durch Studien belegen.

Viele Nachteile
Tatsache ist aber auch, dass in den Köpfen noch immer Aussagen wie „Mädchen sind zu schwach, um Mauern aufzuziehen“ oder „Das ist kein Beruf für Frauen“ fest verankert sind. Wenn Mädchen doch den Sprung in einen Männerberuf wagen, klagen viele über sexuelle Belästigung und über das Gefühl, beim Arbeiten ungleich behandelt zu werden. Und so bleibt es zumindest vorläufig dabei, dass sich die Einkommensschere bereits bei den 15-Jährigen auftut: In den klassischen „Mädchenberufen“ gibt es im ersten Lehrjahr zehn Prozent weniger Geld, im dritten Lehrjahr bereits 35 Prozent.

Franz Fischill



© ÖGB/Thomas Reimer

Karina Anders machte bei Siemens eine Mechatronik-Lehre.

Mangelware Medizin

Finanzkrise hat zu dramatischen Entwicklungen im Gesundheitswesen in Griechenland geführt.

Armut. Griechenland ist zum Symbol für die wirtschaftliche und soziale Krise in Europa geworden. Seit 2010 steht das Land unter der Aufsicht der Troika (EU-Kommission, Europäische Zentralbank und Internationaler Währungsfonds). Massive Einsparungen haben einen großen Teil der Bevölkerung in Armut gestürzt. Mehr als 50 Prozent der jungen Menschen sind arbeitslos, die Schlangen vor den Suppenküchen werden immer länger, Tausende Haushalte sind ohne Strom und Heizung.

Menschen helfen Menschen

Ein Ende der Krise in Griechenland ist derzeit nicht in Sicht. Besonders stark betroffen von der Sparpolitik ist das Gesundheitssystem. „Ein Drittel der GriechInnen ist nicht mehr krankenversichert, Me-

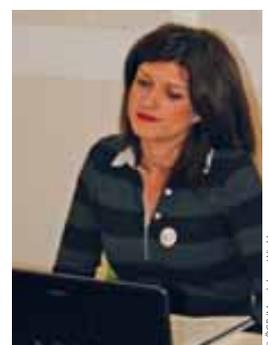
dizin und Medikamente gibt es nur mehr gegen Barzahlung und immer mehr Spitäler werden geschlossen“, berichtet Katarina Notopoulou von der „Klinik der Solidarität“ in Thessaloniki. Die Klinik wurde im Herbst 2011 von engagierten Menschen aus dem Sozial- und Gesundheitsbereich gegründet und wird von ihnen selbst verwaltet. „In Griechenland herrscht absolutes Chaos. Menschen sterben, weil sie kein Bett im Krankenhaus bekommen. Wir bieten in der Gesundheitsambulanz Erstversorgung an und versuchen, auf ÄrztInnen Druck auszuüben, wenn ein stationärer Aufenthalt im Spital notwendig ist“, sagt Notopoulou. Die Klinik finanziert sich ausschließlich über Spenden – Geldspenden, aber auch Sachspenden wie Medikamente,

Mitarbeit. Alle MitarbeiterInnen – von den ChefärztInnen bis zum/zur PflegerIn – arbeiten ehrenamtlich.

Keine Medizin im Müll

Rund 100 PatientInnen nehmen täglich die Leistungen der Ambulanz (u. a. Allgemeinmedizin, Innere Medizin, HNO-Heilkunde, Zahnmedizin, Psychiatrie und Psychotherapie) in Anspruch. Zudem bietet die Ambulanz kostenlose Schutzimpfungen für Kinder an und verfügt auch über eine Apotheke, in der PatientInnen kostenlos Medikamente bekommen.

Wegen fehlenden Versicherungsschutzes und massiver Einsparungen im Gesundheitssystem nimmt die Zahl der PatientInnen stetig zu. „Essen kann man im Müll finden, aber ÄrztInnen und Me-



© ÖGB/Magdalena Winkler

Katarina Notopoulou berichtet über das Elend und die schlechte medizinische Versorgung in Griechenland.

dizin nicht. Banken werden gerettet und Menschen sterben, das muss ein Ende haben“, fordert Notopoulou.

Mehr Informationen unter: www.klinik-der-solidaritaet.at

Die „Soli“ wird wieder neu

Viele Umstellungen, eine Konstante: Engagiert für unsere Mitglieder.

Seit 1947 erscheint die Mitgliederzeitschrift des ÖGB unter dem Namen „Solidarität“. Viele Jahrzehnte sind seither vergangen, und die „Solidarität“ hat mehrmals ihr Gesicht geändert. Mit dem ÖGB-Bundeskongress im Juni 2013 wird es eine weitere Umstellung geben.

Klein, viel Info ...

Ein dringender Wunsch der Mitglieder war es, das Format wieder zu verkleinern. Diesem Wunsch entsprechen wir gerne, die Informationen, die bisher auf 12 Seiten verteilt waren, bringen wir ab Juni auf 24 Seiten. Einige weitere Neuerungen im Überblick – zu viel wollen wir nicht vorwegnehmen: Die Solidarität erscheint im Zweimonatsrhythmus. Politi-

sche Informationen, Standpunkte, Berichte aus den Betrieben stehen weiterhin an erster Stelle. Wir greifen aktuelle Themen auf, über die gerade intensiv diskutiert wird, und wir zeigen in Fotoreportagen den Alltag der arbeitenden Menschen in den Betrieben.

... viel Service und Kochen

In der neuen Solidarität wird auch der Servicebereich ausgebaut, denn sowohl der ÖGB als auch die Gewerkschaften haben viele interessante Angebote für die Mitglieder – von Rechtsvertretung und Mobbing-Beratung über Urlaubsangebote bis hin zu vergünstigten Karten bei vielen kulturellen Veranstaltungen in ganz Österreich. Eines können wir an dieser Stelle schon ver-

sprechen: Das Kochrezept, das bei sehr vielen LeserInnen äußerst gut ankommt, wird es auch in der neuen Solidarität geben.

Mitglieder dabei ...

Der Vorlauf für eine derartige Umstellung ist natürlich lang, viele Gruppen, ExpertInnen, MedienmacherInnen etc. sind daran beteiligt. Was uns aber besonders wichtig war: Die Mitglieder und BetriebsrätInnen zu fragen, wie ihnen die neue Solidarität gefällt. Die Ergebnisse dieser Befragungen werden in die erste neue Ausgabe der Solidarität, die mit dem ÖGB-Bundeskongress im Juni erscheinen wird, einfließen. Denn die Zeitschrift machen wir schließlich für Sie – für unsere Mitglieder.

... drei Gewerkschaften dabei

Die Mitglieder der Gewerkschaften vda, GPA-djp und PRO-GE und unsere jungen Mitglieder bekommen ihre Zeitschriften beziehungsweise das ÖGJ-Magazin „hallo!“

auch weiterhin gemeinsam mit der Solidarität per Post zugeschickt. Damit sparen wir weiterhin Portokosten und gehen also auch in diesem Bereich sorgsam mit dem Mitglieds-geld um.

AUS DER BLATTLINIE DER SOLIDARITÄT

„Wir verstehen uns als Sprachrohr für die Interessen unserer Mitglieder und der arbeitenden Menschen insgesamt, die in den kommerziellen Medien nicht immer den gebührenden Stellenwert haben.“

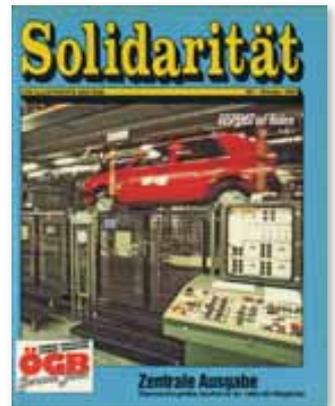
Wir bekennen uns zu Überparteilichkeit, sind unabhängig von politischen Parteien, aber parteiisch im Interesse der ArbeitnehmerInnen. Solidarität ist ein Grundwert der Gewerkschaftsbewegung, den wir in unserer Mitgliederzeitschrift vermitteln. Solidarität steht für Zusammenhalt, für Gemeinschaft, für Engagement und für soziale Gerechtigkeit.“



1947: Umbenennung von „Der österreichische Arbeiter und Angestellte“ in „Solidarität“



1966: Umgestaltung in eine Illustrierte, Umbenennung in „Solidarität. Die Illustrierte des ÖGB“, erste farbige Zeitschrift Österreichs



1980: Umstellung auf Kleinformat (A4)



2000: „ÖGB-Solidarität. Die Monatszeitschrift des Österreichischen Gewerkschaftsbundes“



2005: Umstellung auf Großformat, Druck auf „Zeitungspapier“, Mitversand diverser Gewerkschaftszeitschriften



Ab Juni 2013: Auf Wunsch der Mitglieder erneute Umstellung auf Kleinformat

Unternehmen:

Schlechter Ruf

Anlässlich des Welttages der sozialen Gerechtigkeit am 20. Februar 2013 hat das Netzwerk „Soziale Verantwortung“ zum ersten Mal den „Schandfleck des Jahres“ im Off-Theater in Wien verliehen, eine Auszeichnung für gesellschaftlich unverantwortliche Unternehmen. Ein Monat lang konnten alle per Internet abstimmen, wer den Preis bekommen sollte. Mayr-Melnhof Packaging wurde mit 43 Prozent der Stimmen im Zusammenhang mit der Werkschließung in Liverpool (England) zum schlimmsten Unternehmen gewählt, dicht gefolgt vom österreichischen Konzern Andritz AG mit 40 Prozent, welcher sich am brasilianischen Staudammprojekt Belo Monte beteiligt, das großen Schaden in der Umwelt hervorgerufen wird. Mit 17 Prozent auf Platz Drei gewählt wurde die Textilkette KiK, die mit einer Brandkatastrophe in Pakistan in Zusammenhang gebracht wird.

Arbeitsklima Index:

PendlerInnen

Eine Auswertung des Österreichischen Arbeitsklima Index' zeigt, dass der Anteil der PendlerInnen an den unselbstständig Erwerbstätigen seit drei Jahren konstant etwa bei 48 Prozent liegt. 56 Prozent aller unselbstständig Beschäftigten fahren mit dem Auto in die Arbeit, bei den PendlerInnen sind es sogar mehr als drei Viertel (78 Prozent). Vor allem Beschäftigte in Industrie und Gewerbe, im Unterrichtssektor sowie im Gesundheits- und Sozialbereich müssen häufiger pendeln. Beschäftigte in ländlichen Gegenden pendeln ebenfalls öfter, deren Anteil sinkt aber seit ein paar Jahren, während er in Städten auf 34 Prozent gestiegen ist (2008: 25 Prozent). Aus dem Arbeitsklima Index geht auch hervor, dass burgenländische ArbeitnehmerInnen erstmals mit dem Gesamtumfeld ihres Jobs zufriedener sind als jene im gesamtösterreichischen Raum. Generell seien die BurgenländerInnen froh, dass die Möglichkeit für sie bestehe, sich unter Umständen im Betrieb weiterentwickeln zu können, sagt Georg Michenthaler vom IFES-Institut. Sie haben laut der Studie außerdem ein gutes Arbeitsklima und ein gutes Verhältnis zum Chef.



© Bildagentur Waldhaus/Kust-Thero

Pflegezeiten anrechnen

KV-Abschluss bringt plus 2,75 Prozent und Verbesserungen bei Pflegekarenz in Sozialberufen.

Erfolg. Nach zwei sehr schwierigen Verhandlungen konnten die Gewerkschaften GPA-djp und vida zuletzt Verbesserungen im Kollektivvertrag für mehr als 120.000 Beschäftigte im Sozial- und Gesundheitsbereich erzielen.

Im Kollektivvertrag verankert

Rückwirkend mit 1. Februar 2013 steigen die kollektivvertraglichen Mindestlöhne und -grundgehälter, Zulagen und Lehrlingsentschädigungen um 2,75 Prozent. Für die Ist-Löhne und -Gehälter konnte eine Erhöhung um 2,7 Prozent er-

reicht werden. Auch bei den rahmenrechtlichen Vereinbarungen ist es gelungen, Verbesserungen für die Beschäftigten durchzusetzen: „Wir konnten erstmals die Pflegekarenz für maximal zwölf Monate, die Anrechnung von nicht fach einschlägigen Vordienstezeiten auf maximal sechs Jahre zur Hälfte sowie acht Stunden bezahlte Fortbildungszeit für gesetzlich vorgeschriebene Ausbildungen und Sonderbestimmungen für ArbeitnehmerInnen in der Schulsozialarbeit vereinbaren“, so Reinhard Bödenauer, stellvertretender

Geschäftsbereichsleiter der GPA-djp. Damit wurde erstmals in Österreich die Pflegekarenz im Kollektivvertrag verankert. Pflegezeiten von bis zu zwölf Monaten werden nun bei Urlaub und Gehaltsvorrückungen berücksichtigt.

Gehör verschaffen

Unter dem Motto „Soziale Arbeit ist mehr wert!“ hatten die ArbeitnehmerInnen nach zwei gescheiterten Verhandlungsrunden ihren Anliegen durch Betriebsversammlungen, betriebliche Aktionen und Demonstrationen in ganz Öster-

reich mit über 7.000 TeilnehmerInnen Gehör verschafft.

Nicht alle machen mit

Michaela Guglberger, vida-Bundesfachgruppensekretärin, bedauert jedoch, dass bei den rahmenrechtlichen Abschlüssen nicht alle Arbeitgeber mit an Bord waren: „Im Bereich der Diakonie waren die Arbeitgeber nur zu Verbesserungen bei der Pflegekarenz und zu einer Abfertigung im Todesfall bereit, die Caritas verweigerte selbst die Zustimmung zur Pflegekarenz.“

Michaela Hubweber

Arbeitsrechtliche Sünden

Bei Seven Sins gibt es falsche Einstufungen und keinerlei Zuschläge.

Missstände. Die Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) erhielt mehrere anonyme Hinweise gleichen Inhalts: VerkäuferInnen in den Seven-Sins-Erotikshops in Wien werden niedrig entlohnt und bekommen keinerlei Zuschläge, völlig unabhängig davon, welchen Tätigkeiten sie zu welcher Tages- und Nachtzeit nachgehen. Betroffene bestätigten diese Missstände nach einer Befragung der Gewerkschaft. „Unsere Nachfragen haben tatsächlich ergeben, dass alle Beschäftigten in den sieben Seven-Sins-Shops in Wien nach Beschäftigungsgruppe 2 des Kollektivvertrags für Angestellte im Handel bezahlt werden, egal ob sie kassieren oder eine Filiale leiten“, erklärte Regionalgeschäftsführerin Barbara Teiber. Beides sind aber Tätigkeiten, wofür den Angestellten höhere Einstu-

fun gen und daher höhere Mindestgrundgehälter zustehen. Außerdem gaben die Befragten an, keine Zuschläge für besondere Arbeitszeiten zu erhalten.

Gewerkschaft wird kontrollieren

Die GPA-djp hat angekündigt, die Arbeits- und Rahmenbedingungen in allen Filialen der Erotikshop-Kette Secret Factory (vormals Beate Uhse), zu der auch Seven Sins gehört, österreichweit unter die Lupe zu nehmen. Franz Georg Brantner, Vorsitzender des Wirtschaftsberichts Handel in der GPA-djp: „Die Vorgangsweise in Wien, den Beschäftigten offenbar systematisch zustehendes Geld vorzuenthalten, legt den Verdacht nahe, dass sich das in allen rund 50 Filialen in ganz Österreich ähnlich abspielt.“ Besonders um die offensichtlich vorenthaltenen Zuschläge wird sich die GPA-djp jetzt annehmen, kündigt Teiber an.

Auf der Homepage des Unternehmens wird unter anderem mit Beratungsabenden geworben, KundInnen werden dazu eingeladen, „nach 19.00 Uhr in eine unbekannte Welt einzutauchen“. Die Bezahlung der im Kollektivvertrag für diese Arbeitszeiten vorgesehenen Zulagen sollte daher eigentlich völlig unstrittig sein.

Für die Rechte der Beschäftigten

„Nach allem, was uns bis jetzt bekannt ist, müssen wir davon ausgehen, dass das österreichische Arbeitsrecht für die Betreiber eine ebenso unbekannte Welt ist – die offenbar systematisch falschen Einstufungen und das Ignorieren der Zuschläge bei Seven Sins stellen jedenfalls arbeitsrechtliche Sünden dar, die wir keinesfalls akzeptieren werden. Wir werden alles unternehmen, damit die Angestellten zu ihrem Recht und zu ihrem Geld kommen.“



© Bildagentur Waldhaus/Kust-Thero

GPA-djp will nun alle Filialen der Erotikshop-Kette Secret Factory unter die Lupe nehmen.

Ein einziger Zustand

Was freie JournalistInnen in Medien leisten, sollte auch entsprechend bezahlt werden.

Unfaire Entlohnung. Zeitdruck, lange Arbeitstage und schlechte Bezahlung – dieses Paket müssen viele freiberufliche JournalistInnen bei Medienunternehmen ertragen. Selbiges gilt auch für öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten. Viele JournalistInnen arbeiten seit Jahren für den ORF und verdienen aufgrund der niedrigen Honorare trotz Vollzeitarbeit nur zwischen 1.200 und 1.500 Euro brutto im Monat. Davon müssen die MitarbeiterInnen auch noch Steuer und Sozialversicherung bezahlen – da bleibt kaum etwas übrig. Besonders oft spiegelt sich dieser Zustand derzeit im Radio wider.



Viele JournalistInnen verdienen trotz Vollzeitarbeit viel zu wenig, besonders betroffen sind MitarbeiterInnen im Hörfunk.

Unübersichtlich

Die Arbeit ist intensiv, bei ordentlicher Recherche kommen nicht mehr als zehn Euro brutto pro Stunde raus. In jedem Fall liegt die Entlohnung weit unter dem, was Dienstleister in anderen Branchen verdienen. „Es gibt unübersichtlich viele Arbeitsverhältnisse, die oft nur eine Mitarbeiterin betreffen“, erklärt Sonja Bettel, bis vor Kurzem Sprecherin der freien Jour-

nalistInnen. Es kann ohne Weiteres sein, dass eine Sendung oder ein Beitrag einmal als freie Mitarbeit nach dem Kollektivvertrag (KV) bezahlt wird, quasi als projektweise Anstellung, und ein anderes Mal nach Werkvertrag.

Bessere Bezahlung gefordert

Ronald Rauch, GPA-djp: „Es gibt freie MitarbeiterInnen und pauschalierte Freie, und das lässt der ORF-Kollektivvertrag

zu.“ Gleiche Arbeit wird unterschiedlich entlohnt. „Dieser Zustand ist aber Ergebnis der Personalpolitik des Unternehmens“, ärgert sich Bettel und fordert: „Die Freien müssen generell besser bezahlt werden.“ Bettel hat Erfahrung: „Ich war ein Jahr als Karenzvertretung angestellt und habe für die fast gleiche Arbeit das Dreifache verdient. Und wenn Leute wie Angestellte arbeiten, dann muss man sie auch anstellen.“

Derzeit finden Verhandlungen zwischen dem Zentralbetriebsrat und der Geschäftsführung statt. Manchmal bewegt sich ein bisschen was, immerhin wurden die Regeln für die Anstellung freier DienstnehmerInnen und ihre Eingliederung im neuen Journalisten-KV festgeschrieben. Dieser KV gilt aber nur für Print- und Online-JournalistInnen.

Christian Resei

Bürgerinitiative:

Zivildienstler

Die Gewerkschaft GPA-djp fordert eine zeitliche Gleichstellung des Zivildienstes mit dem Grundwehrdienst, aber vor allem auch eine faire Bezahlung der Zivildienstler. „Es ist absolut nicht verständlich, dass der Grundwehrdienst sechs Monate dauert und der Zivildienst neun“, sagt der Jugendvorsitzende der GPA-djp, Florian Hohenauer. Helmut Gotthartsteiner, Bundesjugendsekretär der GPA-djp, ergänzt: „Obwohl die Arbeit der Zivildienstler eine wertvolle Unterstützung im Sozial- und Gesundheitsbereich darstellt, werden sie mit monatlich 301,40 Euro brutto abgespeist.“ Die GPA-djp-Jugend fordert eine Entlohnung auf Basis der Einstiegsstufe des Kollektivvertrags in der österreichischen Sozialwirtschaft. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, hat die GPA-djp-Jugend eine parlamentarische Bürgerinitiative gestartet, die bis 10. Mai unterzeichnet werden kann.

www.jugend.gpa-djp.at

Engellicke Einschaltung





bmask.gv.at
BUNDESMINISTERIUM FÜR
ARBEIT, SOZIALES UND
KONSUMENTENSCHUTZ



WAS DAS NEUE PENSIONS-KONTO FÜR SIE BRINGT:

- ✓ **EINFACH:** Ein einheitliches Pensionskontosystem.
- ✓ **TRANSPARENT:** Ihre Pension auf einen Blick.
- ✓ **SICHER:** Ihre umlagefinanzierte Pension über Generationen.

Im Laufe des Jahres 2013 erhalten Sie, sofern Sie Lücken im Versicherungsverlauf Ihrer staatlichen Pension haben, ein Schreiben der Pensionsversicherungsanstalt. Wir bitten Sie, den beiliegenden Antrag vollständig ausgefüllt zu retournieren. Damit wird sichergestellt, dass Sie die Pension erhalten, die Ihnen zusteht.

Gleich informieren unter www.neuespensionskonto.at



PENSIONSVERSICHERUNGSANSTALT

Eine Information der 

Schnell reagieren und kämpfen

Gewerkschaft vida focht Kündigung aufgrund vorliegender Sozialwidrigkeit an.

Gefeuert. Gekündigt zu werden ist mit Sicherheit nichts Angenehmes – vor allem dann nicht, wenn man über 50 Jahre alt ist und wenig Aussichten auf einen neuen Arbeitsplatz hat. Auch wenn es schwer fällt, ist es besonders wichtig, einen kühlen Kopf zu bewahren. Denn wer gekündigt wird, muss schnell reagieren und entscheiden, ob er/sie sich wehrt – wer nicht in den nächsten Wochen klagt oder die Frist verpasst, akzeptiert die Kündigung.

Sabine Sch. arbeitete seit dem Jahr 1999 in einem Sanatorium. Die 52-Jährige war zunächst als Verwaltungsangestellte beschäftigt, später als Verantwortliche für den Bereich „Organisation Zivildienstler-Residenz-Wäsche-Speisesaal“.

Nachteile durch Kündigung

Ihr Bruttoeinkommen betrug etwa 3.111 Euro pro Monat. Dann wurde sie im Jahr 2012 gekündigt. Da Sabine Sch. eine alleinerziehende Mutter ist und



© Bildagentur Wählhaus/insacco/Arcom



Wie man einen Schaden am besten behebt?
Gemeinsam.

neben den monatlichen Fixkosten auch einen Kredit zurückzahlen muss, bedeutete der Verlust des Jobs eine finanzielle Notlage für die Arbeitnehmerin. Im Vorverfahren zur Kündigung gab auch der Betriebsrat einen Widerspruch zur beabsichtigten Kündigung ab, da dieser Arbeitsplatzverlust für die über 50-Jährige finanzielle Schwierigkeiten und eine längere Arbeitsplatzsuche mit sich bringen würde. Die alleinerziehende Mutter wandte sich an die Gewerkschaft vida. Die Gewerkschaft nahm die Anfechtung der Kündigung wegen Sozialwidrigkeit bei Gericht vor.

Immer beraten lassen

Bei Gericht wurde ein Sachverständigengutachten beantragt, das anhand von Ausbildung und des Alters prüft, wie lange Arbeitslosigkeit drohen könnte. Um eine vorliegende Sozialwidrigkeit der Kündigung zu entkräften, wurden als Gegenreaktion vom Arbeitgeber persönliche Gründe für die Kündigung genannt. „Das ist nicht angenehm für ArbeitnehmerInnen, da die Anfechtung einer Kündigung eigentlich auf die Weiterbeschäftigung im Betrieb zielt“, sagt Canan Aytekin, Rechtsberaterin in der Gewerkschaft vida. In diesem Fall konnte keine Wiederherstellung des aufrechten Dienstverhältnisses erreicht werden. Es konnte jedoch vereinbart werden, dass Sabine Sch. eine finanzielle Abgeltung für die Beendigung des Dienstverhältnisses in Höhe von neun Monatsentgelten zusätzlich zur gesetzlichen Abfertigung erhält – welche sie niemals ohne Kampf bekommen hätte. „Es zahlt sich aus, von der Gewerkschaft Beratung in Fällen der Kündigung einzuholen und abzuwägen, welche Auswege es gibt“, sagt Aytekin.

Haushalt und Eigenheim CLASSIC und PREMIUM

- Ⓢ individuell und mit rascher Hilfe im Schadensfall
- Ⓢ unkomplizierte Schadensmeldung mit SchadenService-App
- Ⓢ inklusive Privat- und Sporthaftpflichtversicherung

Nähere Infos unter 050 350 350, auf wienersaetdtische.at oder bei Ihrem/Ihrer BeraterIn.

IHRE SORGEN MÖCHTEN WIR HABEN

**WIENER
STÄDTISCHE**
VIENNA INSURANCE GROUP

Service

Bei arbeitsrechtlichen Fragen wenden Sie sich an ihre Gewerkschaft. Kontakte unter: www.oegb.at/gewerkschaften



© Foto: Gföhl-KNS/B

Von Profis lernen

Starcamps 2013: Fußballspielen mit den Besten der Bundesliga.

Sport. Die Erfolgsgeschichte der Starcamps geht weiter. Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten – Kunst, Medien, Sport, freie Berufe und die Vereinigung der Fußballer bieten auch dieses Jahr rund 40 Fußballcamps unter der Leitung von ausgebildeten Trainern in ganz Österreich an. Dieses Jahr stehen die Camps unter der Schirmherrschaft der beiden Bundesligaprofis und Nationalteamspieler Andreas Ivanschitz und Julian Baumgartlinger. In

den Sommerferien können fußballbegeisterte Kinder und Jugendliche im Alter von sieben bis 14 Jahren Spaß an der Bewegung haben und dabei ihre großen Vorbilder treffen. Zumindest ein aktueller Bundesligaspieler wird jedes Camp besuchen, Tipps und Tricks verraten und die Autogrammünsche der Stars von Morgen erfüllen.

Angebot 2013

Die ersten Termine für die Trainingscamps stehen bereits fest.

Kosten für Tagescamps (Montag bis Freitag, 9 bis 17 Uhr): 99 Euro, Nächtigungscamps werden um 149 Euro angeboten (Sonntag 18 Uhr bis Freitag 13 Uhr).

Anmeldung

Die TeilnehmerInnen werden mit einem Fußball, einer Trinkflasche und einem Starcamp-T-Shirt ausgerüstet. Alle weiteren Infos zur Anmeldung, zu Tages- und Wochencamps finden Sie unter: www.starcamps.at

Der „Wilde Westen“

Eintrittskarten für die „Winnetou-Spiele“ gewinnen.

Ermäßigung. Gewerkschaftsmitglieder haben die Möglichkeit, die „Winnetou-Spiele Gföhl“ zum ermäßigten Preis zu besuchen.

Der Neustart der „Winnetou-Spiele“ in Gföhl verspricht viel: Eine erlebnisreiche Vorstellung mit professionellen DarstellerInnen, verwegenen ReiterInnen, pyrotechnischen Effekten und stimmungsvoller Musik. Insgesamt 50 Mitwirkende und 17 Pferde liefern eine actionreiche und humorvolle Inszenierung auf der Freilichtbühne im Gföhlerwald, die heuer ihr 25-jähriges Bestehen feiert.

Preise

Ermäßigte Karten gibt es an der Tageskasse für ÖGB-

Mitglieder (Erwachsene 26 Euro, Kinder 13 Euro). Mehr Informationen unter: www.winnetouspiele-gfoehl.at

Gewinnspiel

Die Solidarität verlost außerdem je sechs Eintrittskarten für Erwachsene und Kinder. Die Gewinnfrage richtig beantworten und die Lösung per E-Mail an soli@oegb.at senden oder per Post an ÖGB-Solidarität, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Kennwort: Winnetou, schicken. **Einsendeschluss: 17. Mai.**

Gewinnspiel-Frage

In welchem Jahr erschien die Mitgliederzeitschrift Solidarität zum ersten Mal?



© Foto: Winnetouspiele-Gföhl

Fit durch den Frühling

Mit dem Fahrrad zu mehr Gesundheit und Wohlbefinden.

Fit. Wer täglich ins Büro radelt, kommt wahrscheinlich leicht verschwitzt und nicht perfekt gestylt am Arbeitsplatz an. Für seine Gesundheit hat er aber schon in den frühen Morgenstunden einiges getan. Viele ExpertInnen sind sich einig, dass das Fahrradfahren jedem gut tut. Diese sportliche Betätigung ist eine gute Möglichkeit, etwas Bewegung in den Alltag einzubauen.

Aktion Elektrofahrräder

Die Firma Tecnobike bietet das „Schachner City Bike“ (Elektrofahrrad) mit dem Umweltgutschein zum Preis von 990 Euro statt 1.490 Euro an.

Technische Details: 26 und 28 Zoll, 7-Gang-Shimano-Schaltung mit Rücktrittbremse. Der kleine, leistungsfähige, bürstenlose 36 Volt und 250 bis 400 Watt starke Radnabenmotor unterstützt Sie beim Treten. Reichweite je nach Mitretten: 50 bis 60 km. Neuester LI-Akku mit 2.000 Ladezyklen und Ladegerät 230 Volt. Federgabel, Gelsattel, Federsattelstütze, Lichtanlage mit Standlichtfunktion, Top-Bereifung mit Reflexstreifen, LED-Scheinwerfer und Alu-Rahmen.



Das Fahrrad wird fahrbereit frei Haus geliefert. Das Angebot gilt solange der Vorrat reicht. Mehr Informationen, Bestellungen und Gutscheine unter www.tecnobike.at, office@tecnobike.at oder telefonisch 0664/200 25 10, 0664/308 69 60.

Gewinnspiel

Starten Sie fit in den Frühling. Die Solidarität verlost ein Schachner City Bike mit einem

Schachner SBS-12-Antrieb. Gewinnfrage beantworten und richtige Antwort an soli@oegb.at oder ÖGB-Solidarität, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Kennwort: E-Bike, schicken. **Einsendeschluss: 22. Mai.**

Gewinnspiel-Frage

Wann und unter welchem Motto findet der 18. ÖGB-Bundeskongress statt?

ARBÖ-Aktion:

Radpaket

ÖGB-Mitglieder können das ARBÖ-Radpaket zum Aktionspreis von 13 Euro (statt 17 Euro) erwerben. Das Radpaket beinhaltet: Rad-Pannendienst, Rad-Check auf Verkehrssicherheit, Rad-Pickerl (gegen Diebstahl), E-Bike-Ladestation in allen ARBÖ-Prüfzentren. Mehr Informationen unter: www.arboe-rad.at/oegb.at

Action & Spaß mit ÖG:

Sporttag

Auch dieses Jahr organisiert die Österreichische Gewerkschaftsjugend in Kooperation mit dem ASKÖ-Landesverband (WAR) den traditionellen Jugendsporttag. Am 6. Juni sind Sport, Spaß und Action für Jugendliche im Sportzentrum WAT (Hopsagasse 5, 1200 Wien) garantiert. Die Teilnahme ist kostenlos. Alle weiteren organisatorischen Informationen und Anmelde-möglichkeiten sind auf www.jugendsporttag.at zu finden.



Von Päpsten und Pferden

In Verona wurden Kriegspferde konserviert, dann hat's die Kirche verboten. Spezzatino di Cavallo für Menschen mit viel Zeit.

Pferdefleisch. Die Zeitungen sind voll von Päpsten und Pferden. Während die Wahl des Franziskus Menschen in Euphorie versetzte, von deren Papsttreue bisher wenig bekannt war, und diverse Kirchenskandale von den Titelseiten verdrängt hat, waren die Einhufer fast ausschließlich als skandalös undeklarierte Lebensmittelzugabe in den Medien zu finden. Wie der neue Papst, der bekanntlich aus einem Land mit ausgeprägter

Rindfleischkultur stammt, zum Verzehr von Pferdesteak steht, ist nicht überliefert. Sein Vorgänger Gregor III. hat jedenfalls das Rossfleisch 723 per Dekret verboten – hat aber nichts genutzt, vernunftbegabte Menschen essen, was da ist und hungern nicht für den Glauben. Aber auch die Gegenseite hat das Pferdeessen ideologisch gedeutet: „Im Zeitalter der Aufklärung wollte man besonders in protestantischen Ländern das alte Vorurteil gegen das

Pferdefleischessen als ‚papistische Willkür‘ und ‚finstere Mittelalter‘ entlarven, konnte aber eine volle Eingliederung in die tägliche Kost nicht erreichen“, so der Sozialhistoriker Hans Jürgen Teuteberg.

Europäische Speisekarte

Abgesehen von mythologischen Tabuisierungen spricht nun aber rein gar nichts gegen den Verzehr von Pferden. „Das Fleisch von gesunden, nicht sehr alten Pferden, ist wie das



Noch immer wird Pferdefleisch in Österreich gern gegessen.

© Florian Kräffner

MITTEN IM LEBEN FÄHRT MAN MIT 0,0% AM BESTEN.



**0,0%
ZINSEN
FÜR IHREN UMWELT-
FREUNDLICHEN
NEUWAGEN**

Z. B. Gesamtkreditbetrag € 18.000,-
Zu zahlender Gesamtbetrag € 18.000,-
Laufzeit 72 Monate, monatliche Kreditrate € 250,-

Mit der KreditBox Schnell und der BAWAG P.S.K. Rundum-Beklebung*

verbraucht Ihr Neuwagen mit max. 136g/km CO₂-Wert 0% Soll- und Effektivzinsen und € 0,- Bearbeitungs- und Kontoführungsentgelt.

Mitten im Leben.
www.bawagpsk.com



Rindfleisch zu verwenden, nur muss es gut abgelegen sein, und mehr gesalzen und länger gekocht werden“, schrieb die erste Köchin der Monarchie, Katharina Prato. In Österreich ist das Pferd bis heute nie ganz von den Speisekarten verschwunden, ein paar „Pepihacker“ sorgen für die Schlachtung des Nachschubs.

Eine größere Rolle spielen Fohlensteaks und Pferdefleischlaberl (zubereitet wie ein Butterschnitzlerl), aber auch Eselsalami, bis heute in Italien. Der Legende nach fanden die Bewohner von Verona im fünften Jahrhundert nach einer Schlacht gegen Ostgoten und Barbaren hunderte sterbende Pferde in den Ebenen des Veneto. Schad' drum, dachten sie, und konservierten das Fleisch in Rotwein und Gewürzen für den späteren Genuss. Pastissada de Caval heißt das in Verona, Spezzatino di Cavallo anderswo in Italien; und auf Deutsch: am ehesten Pferdegulasch.

Rezept zum Nachkochen

Dafür ein Kilo Fleisch in Vier-Zentimeter-Würfel schneiden, über Nacht mit zwei Rosmarin- und drei Lorbeerblättern in Rotwein marinieren. Wer nahe an der Legende bleiben will, nimmt Valpolicella. Zwei fein gehackte gelbe Zwiebeln in Öl glasig schwitzen, ebenso gehackte Karotten und Sellerie mitbraten (ItalienerInnen nehmen Stangensellerie, Knolle geht aber auch), Fleischwürfel dazugeben, Peperoncini je nach gewünschter Schärfe drüberreiben, einmal durchrühren und dann gleich mit der Marinade aufgießen. Ein bisschen einkochen, dann eine Dose Paradeiser dazu, und jetzt ist Gelegenheit für den Frühjahrsputz oder für ein gutes Kochbuch, denn bis das Pferd optimal weich ist, können schon vier Stunden auf kleinster Flamme vergehen. Die letzte halbe Stunde sollte man etwas für die Armmuskulatur tun und Polenta rühren.

*) Rundum-Beklebung analog obigem Design-Beispiel (wird Ihrer Automarke/-type und -farbe angepasst) während der gesamten Kreditlaufzeit erforderlich. Max. Kreditlaufzeit 120 Monate, max. Kredithöhe € 75.000,-. Aktion gültig für KreditBox Schnell Neuabschlüsse bis 30.4.2013.

Der ÖGB lehnt eine verpflichtende Vereinbarung von Strukturreformen entschieden ab. Auch der EGB kündigte an, sich einer Reform, bei der die ArbeitnehmerInnenrechte auf der Strecke bleiben, zu widersetzen.

Falsche Richtung

Bedenkliche Vorschläge der EU-Kommission zur Wirtschafts- und Währungsunion.

Gefahr. Beim Gipfel im Juni entscheiden die Staats- und Regierungschefs über die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und eine stärkere soziale Dimension der WWU.

Bedenkliche Vorschläge

Jetzt ist aber die EU-Kommission mit zwei konkreten Vorschlägen vorgeprescht, die aus gewerkschaftlicher Sicht besonders bedenklich sind. Die Kommission schlägt vor, dass Mitgliedsstaaten sich in Zukunft vertraglich zu Reformen verpflichten sollen. Das heißt, dass die EU-Kommission versuchen wird, die von ihr seit Langem geforderten „Strukturreformen“ auch verpflichtend durchzusetzen. Es handelt sich dann nicht mehr um länderspe-

zifische Empfehlungen, sondern um verbindliche vertragliche Vereinbarungen. „Eine verpflichtende Vereinbarung von Strukturreformen wird von den Gewerkschaften klar abgelehnt“, sagt ÖGB-Präsident Erich Foglar. Diese würden in die völlig falsche Richtung gehen, demokratische Entscheidungsprozesse in den Mitgliedsstaaten und Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften gefährden. „Wir brauchen nicht mehr Druck auf die Mitgliedsstaaten, sondern einen grundlegenden Kurswechsel in der EU-Politik, weg von der Kaputtspare-Ökonomie hin zu einer sozialen EU, die Menschen wieder in den Vordergrund rückt, die Sozialpartner einbindet und die Rolle der Sozialminister gegenüber den

Wirtschafts- und Finanzministern stärkt“, fordert Foglar.

Finanzielle Unterstützung

Der zweite Teil der Mitteilung beinhaltet, dass die Kommission für jene Staaten, die sich zu Reformen verpflichten, finanzielle Unterstützung in Aussicht stellt. Damit soll die Umsetzung der vereinbarten Reformmaßnahmen vorangetrieben werden, etwa durch finanzielle Unterstützung für Schulungsmaßnahmen oder für aktive Arbeitsmarktpolitik. Mit anderen Worten: Nur Ländern, die das Reformprogramm verpflichtend durchführen, winken gewisse Unterstützungen. „Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass es der EU-Kommission hier in erster Linie um Reformen bei den Sozialversicherungssystemen

geht, wie etwa um die Hebraufsetzung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters oder um einen Automatismus von demografischer Entwicklung und gesetzlichem Pensionsantrittsalter“, so Foglar. Andere Forderungen der EU-Kommission würden mehr Flexibilisierung der Arbeitsmärkte (Abbau Kündigungsschutz) oder Eingriffe in Lohnfindungsmechanismen betreffen.

EGB kritisiert

Der EU-Gipfel im Juni soll die konkreten Entscheidungen über die weitere Vertiefung der WWU treffen. Auch der Europäische Gewerkschaftsbund hat angekündigt, sich einer Reform, bei der die Rechte der ArbeitnehmerInnen auf der Strecke bleiben, zu widersetzen.

Jobs statt Dividende

„Börsenentlassungen“ sollen künftig verhindert werden.

Werkschließungen, Jobabbau. Das sind die Schlagwörter, die das Arbeitsklima derzeit in Frankreich dominieren. Wahrscheinlich schlittert die zweitgrößte Wirtschaft Europas heuer offiziell in die Rezession. Das widerspiegeln beispielsweise die Automobilhersteller. Bis 2016 wird etwa Renault 7.500 Arbeitsplätze abbauen, aber vorerst kein Werk in Frankreich zusperrern. So lautet die Vereinbarung mit den Gewerkschaften.

Verzweiflung

Der Konzern PSA (Peugeot-Citroën) meldete einen Verlust von fünf Milliarden Euro für das vergangene Jahr an. Dadurch könnte ein bedeutender Produktionsstandort mit 8.000 Stellen in der Nähe von Paris gefährdet sein. Hier gibt es jedoch Kritik von der mächtigen Gewerkschaft „Confédération générale du travail“ (CGT): Vier von fünf Milliarden des angegebenen Verlusts würden auf die erst jetzt erfolgte Abschreibung von früheren Investition

tionen zurückgehen. Für jene Beschäftigten, die ihren Arbeitsplatz verlieren, macht das keinen Unterschied. Teils waren Arbeitslose bereits so ver-

bauen; mit einem „Sparpaket“ von 200 Millionen Euro bis 2014 begründete der Konzern das Vorgehen. Er produziert u. a. Milchprodukte, die Marken

zweifelt, dass sie sich mit Benzin übergossen und selbst anzündeten – wie das zu Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise auch in Griechenland passierte. Psychologen in Frankreich schätzen, dass 750 Selbstmorde zwischen 2008 und 2011 mehr oder weniger direkt auf die soziale und wirtschaftliche Lage der Betroffenen zurückzuführen sind. Doch damit nicht genug. Der französische Nahrungsmittelkonzern Danone wird europaweit (u. a. in Polen) zehn Prozent der Beschäftigten ab-

Actimel, Fruchtzweige oder Milupa ebenso wie das Mineralwasser Evian. Dem angekündigten Jobabbau steht bei Danone sogar eine Erhöhung der Dividende gegenüber.

Schließung erschweren

2012 erzielte der Konzern einen Nettogewinn von 1,81 Milliarden Euro und steht damit noch besser da als mit den 1,75 Milliarden Euro von 2011. Da müsste man doch die Aktionäre entschädigen, beschloss die Unternehmensführung. Der Aktiengewinn beträgt um 5,4 Pro-

zent mehr als im Jahr davor (1,45 Euro pro Aktie). Trotz oder für gute Gewinne einfache Jobs streichen? Derartige „Börsenentlassungen“ will Frankreich künftig verhindern. Zumindest wenn es nach dem sozialistischen Staatschef François Hollande geht. Die Schließung profitabler Standorte soll erschwert werden, indem Unternehmen zunächst einen Käufer finden müssen. Ein entsprechendes Gesetz soll bis Sommer vorliegen.

Heike Hausensteiner

Menschen retten:

Aktionstage

5,8 Millionen Jugendliche in der EU sind arbeitslos, das sind 22,7 Prozent, in Griechenland und Spanien sogar über 56 Prozent. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) hat daher im Vorfeld des EU-Frühjahrgipfels wieder Aktionstage ausgerufen. Am 13. März versammelten sich vor dem Haus der Europäischen Union in Wien rund 200 AktivistInnen zu einer Protestaktion, weitere Aktionen gab es in Bludenz, Innsbruck, Linz und Eisenstadt. ÖGB-Präsident Erich Foglar forderte vom EU-Gipfel mehr Tempo und Verbindlichkeit in der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit: „Wir verlangen, dass die Rettung von Europas Jugend jetzt endlich den gleichen Stellenwert bekommt wie die Rettung der Banken und die Beruhigung der Märkte.“

In Österreich ist die Jugendarbeitslosigkeit zwar eine der niedrigsten in Europa, aber: „Wenn nicht rasch etwas gegen die horrende Jugendarbeitslosigkeit unternommen wird, wenn die Sparkurse nicht umgehend beendet werden, dann wird die Krise auch uns stärker treffen, und dann geht es auch um Jugendliche in Österreich“, sagte Michael Trinko, Bundessekretär der Österreichischen Gewerkschaftsjugend.

Attac-Kampagne:

Unser Europa

In Spanien, Portugal, Griechenland, Italien und vielen anderen Ländern gehen die Menschen gegen die autoritäre Krisenpolitik und die Kürzungsmaßnahmen, die ihnen die Lebensgrundlage rauben, auf die Straße. Während sich die Angriffe der Troika (IWF, EU-Kommission, EZB) immer mehr verschärfen, wächst in Europa auch der Widerstand gegen diese Form der Krisenbewältigung. Attac hat nun die Kampagne „Unser Europa neu begründen“ gestartet. Was Attac erreichen will: „Kein Europa ohne demokratische Mitbestimmung“, „Kein Europa ohne soziale Sicherheit“, „Kein Europa ohne menschenwürdige Arbeit“ und „Kein Europa ohne ökologische Gerechtigkeit“.

Mehr Informationen finden Sie unter www.attac.at und www.unsereuropa.at

~~Arbeitsplätze~~

Gute Idee!

1,7 Millionen ArbeitnehmerInnen arbeiten seit mindestens 25 Jahren, aber nur 515.000 profitieren von der sechsten Urlaubswoche. 25 Jahre bei einem Arbeitgeber zu bleiben ist heutzutage die Ausnahme. Der ÖGB fordert deshalb, dass die sechste Urlaubswoche für alle ArbeitnehmerInnen leichter erreichbar sein muss. „Das darf nicht totes Recht werden“, sagt ÖGB-Präsident Erich Foglar.



Unfaire Anweisungen

„Uns wurde berichtet, dass Beschäftigte von Banken angewiesen wurden, sich für die Teilnahme an der Betriebsversammlung aus dem Zeiterfassungssystem auszuloggen. Deshalb möchte ich noch einmal festhalten, dass die Teilnahme an Betriebsversammlungen in Österreich verbrieftes Recht ist und als Arbeitszeit gilt“, erklärt Helga Fichtinger, stv. Geschäftsbereichsleiterin in der Gewerkschaft GPA-djp.



Illustration: Markus Szybowicz

Grundrechte respektieren!

Große Besorgnis über Eingriffe in Arbeits- und Sozialrechte: Die Finanzkrise setzt viele ArbeitnehmerInnen unter Druck.

Manifest. Mehr als 330 Arbeits- und SozialrechtlerInnen quer durch die Europäische Union zeigen sich äußerst besorgt über Eingriffe in Arbeits- und Sozialrechte, die unter dem Deckmantel der Krise in vielen Staaten vorgenommen werden. In einem Manifest rufen sie die Europäische Union auf, die sozialen Grundrechte, insbesondere bei allen krisenbezogenen Maßnahmen, zu respektieren und zu fördern.

Eingriffe seit Krisenbeginn

In dem Manifest werden mehrfache Bekenntnisse verschiedener Repräsentanten Europas und der G-20-Staaten angeführt, wie wichtig die sozialen Grundrechte und das europäische Sozialmodell insgesamt seien. Seit Beginn der Wirtschaftskrise 2008 seien aber viele Eingriffe festzustellen. Die UnterzeichnerInnen führen unter anderem an, dass europäische und nationale Behörden sowie nationale Gesetzgeber viel getan hätten, um die Flexibilität der Unternehmen zu erhöhen, darunter auch Änderungen des innerstaatlichen Arbeitsrechts. Man-



Deregulierung der Arbeitsmärkte und Sozialschutzsysteme führt zu Unsicherheit, hoher Arbeitslosigkeit und Ablehnung der EU.

© DGB/Michael Hermann Ebner

che Länder hätten schon vor der Wirtschaftskrise arbeitsrechtliche Reformen eingeleitet, in anderen sei es durch Regierungswechsel zu drastischen Eingriffen ins Arbeitsrecht gekommen. Andere Mitgliedsstaaten seien von der Troika aus Internationalen Währungsfonds (IWF), Europäischer Kommission und Europäischer Zentralbank (EZB) aufgefordert oder gezwungen worden, strukturelle

Reformen durchzuführen. Diese Maßnahmen haben die Wirtschaftskrise aber nicht gelöst, sondern im Gegenteil noch verschärft.

Sparkurs führt zu EU-Ablehnung

Die Unterzeichner des Manifestes sind äußerst besorgt über die Folgen der Maßnahmen hinsichtlich der jüngsten und miteinander verbundenen ge-

politischen Entwicklungen in der EU: Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise setzt Beschäftigte und ArbeitnehmerInnenrechte in vielen Ländern stark unter Druck. Tarifverhandlungspraktiken werden untergraben, darüber hinaus ist ein systematischer Angriff auf Tarifverhandlungen gestartet worden, um ihre Einrichtungen, Mechanismen und Grundprinzipien zu vernichten. Die Troika erlegt bestimmten Mitgliedsstaaten eine weitgehende und manchmal drastische Deregulierung ihrer Arbeitsmärkte und Sozialschutzsysteme auf. Diese hat eine Schwächung der Gewerkschaften und die Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse zur Folge und führt zu Unsicherheit und hoher Arbeitslosigkeit sowie zu größerer Armut und sozialen Unruhen. Derart einschneidende Sparmaßnahmen im Bereich des Arbeitslebens haben zur Ablehnung von Europa und europäischen Werten sowie zur Entwicklung von Fremdenfeindlichkeit insbesondere gegenüber Minderheiten geführt

und gefährden so den Frieden in Europa.

Grundrechte als Vorbedingung

Die sozialen Grundrechte der ArbeitnehmerInnen und ihrer Vertretungen sollten weder den Freiheiten des Binnenmarktes noch dem Wettbewerbsrecht, noch Sparmaßnahmen, seien es finanzpolitische Maßnahmen oder Finanzhilfen, untergeordnet werden. Diese sozialen Grundrechte sollten im Gegenteil voll als notwendige Vorbedingungen für eine solide und nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie sozialen Fortschritt der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten anerkannt werden. Hohen arbeitsrechtlichen und sozialen Standards kommt eine entscheidende Rolle bei der Wiederherstellung des Gleichgewichts der Volkswirtschaften, der Stützung der Einkommen und der Förderung von Investitionen in persönliche Fähigkeiten zu. Das Manifest entstand auf Initiative des Europäischen Gewerkschaftsinstitutes ETUI: www.etui.org